Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Leibrecht

Verhaltenes Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit und Budgetkonsolidierung prägen Wirtschaftsentwicklung

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2018

Verhaltenes Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit und Budgetkonsolidierung prägen Wirtschaftsentwicklung. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2018

Nach der Wachstumsdelle von Ende 2012 bis Mitte 2013 entwickelt sich die heimische Wirtschaft mittelfristig mäßig dynamisch (2014/2018 +1,8% p. a.). Insbesondere wächst der Konsum verhalten, da die Sparneigung der privaten Haushalte weiter zunimmt. Die leichte Expansion ermöglicht zwar eine Ausweitung der Beschäftigung (2014/2018 +0,8% p. a.), diese wird aber nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, da das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot ähnlich stark zunimmt. Die Arbeitslosenquote dürfte nach einem Höchstwert von 7,9% (gemäß AMS-Definition) im Jahr 2015 bis zum Ende des Prognosehorizonts nur leicht auf 7,7% zurückgehen. Der Inflationsdruck bleibt mittelfristig gering, die Inflationsrate wird durchschnittlich 1,9% betragen. Ein ausgeglichener Staatshaushalt (sowohl strukturell als auch nach Maastricht-Definition) wird durch das in der Prognose unterstellte strukturelle Konsolidierungsszenario (2 Mrd. € ab 2014, zusätzlich 1 Mrd. € ab 2015) nicht erreicht.

Subdued Economic Growth, High Unemployment and Fiscal Consolidation are Characterising the Economic Outlook. Medium-term Forecast for the Austrian Economy until 2018

After the slump in economic growth between late 2012 and the middle of 2013, the Austrian economy is expected to follow a moderate upward trend, with GDP growth averaging 1.8 percent p.a. over the period 2014-2018. Private consumption in particular will remain subdued, as private households seem inclined to further increase their savings. While the gradual pace of expansion will lead to more jobs (2014-2018 +0.8 percent p.a.), unemployment is unlikely to decline significantly, given the parallel increase in both domestic and foreign labour supply. From a peak of 7.9 percent (as defined by the public employment service) in 2015, the unemployment rate is projected to decline only slightly to 7.7 percent by the forecast horizon. Inflationary pressure remains weak over the medium term, with headline inflation anticipated at an average 1.9 percent. A balanced general government budget (in structural terms as well as in accordance to the "Maastricht" definition) will not be achieved by the structural consolidation scenario underlying the forecast (€ 2 billion as from 2014 and a further € 1 billion from 2015 onwards).

Kontakt:

Mag. Dr. Josef Baumgartner:WIFO, Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Josef.Baumgartner@wifo.ac.atPriv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski:WIFO, Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.atPriv.-Doz. Mag. Dr. Markus Leibrecht:WIFO, Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Markus.Leibrecht@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Prognose, Öffentliche Haushalte, mittelfristig, Österreich

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf

Begutachtung: Karl Aiginger, Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (Christine.Kaufmann@wifo.ac.at)

1. Wachstum in Österreich weiterhin über dem Durchschnitt des Euro-Raumes

In den 15 Jahren seit der Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wuchs das reale BIP in Österreich deutlich rascher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+½ Prozentpunkt; *Breuss*, 2013). Auch der Abschwung im Rezessionsjahr 2009 fiel in Österreich schwächer aus. Über den Prognosezeitraum 2014/2018 dürfte die österreichische Wirtschaft um 1,8% p. a. expandieren; damit wird ein positives Wachstumsdifferential gegenüber dem Euro-Raum von durchschnittlich ½ Prozentpunkt p. a. gewahrt bleiben. Dieser anhaltende Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euro-Raum hat verschiedene Ursachen:

• Die Volkswirtschaften der EU-Länder in Ostmitteleuropa und Südosteuropa dürften in den kommenden Jahren wieder stärker wachsen (Schiman, 2013). Österreichische Unternehmen sind auf diesen Märkten gut positioniert und werden von der Erholung in diesem Wirtschaftsraum überdurchschnittlich profitieren.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristige	en Progn	ose für (Österreic	ch					
	Ø 2004/ 2008	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
				Jährliche	e Verände	rung in %			
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
Nominell	+ 4,7	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5
Verbraucherpreise	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf, real ¹)	+ 0,4	- 0,3	+ 0,5	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ²)	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte³)	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8
Arbeitslosenquote					In %				
In % der Erwerbspersonen ⁴)	4,6	4,5	5,1	4,9	5,2	5,2	5,1	5,1	5,0
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵)	6,7	7,1	7,8	7,6	7.9	7.9	7.8	7,7	7,7
in 70 doi onsoibstandigen El Welbspelsenen j	0,7	,,,	7,0	7,0	, ,,	, ,,	7,0	, ,,	,,,
					In % des BI	Р			
Außenbeitrag	4.9	3,9	5,4	4,7	5,0	5,2	5,4	5,6	5,8
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1.9	- 3.1	- 1.4	- 1.9	- 2.0	- 1.6	- 1.4	- 0,9	- 1,0
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 2,2	- 2.6	- 1.2	- 1.5	- 1.8	- 1.4	- 1.2	- 0,8	- 0,9
Struktureller Budgetsaldo	_	- 2,4	- 0,9	- 1,7	- 1,3	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Staatsschuld	63,1	72,5	73,6	74,1	74,2	74,2	74,0	73,2	72,6
			In	% des ver	fügbaren	Einkomme	ens		
Sparquote der privaten Haushalte	10,5	8,1	7,9	6,4	7,1	7,6	7,9	8,3	8,7
				Jährliche	e Verände	rung in %			
Trend-Output, real	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
	-, -	.,.	,-	-,-	.,.	.,.	,.	.,.	.,.
				In % d	es Trend-C	Outputs			
Outputlücke, real	+ 0,7	- 0,9	- 0,3	- 0,8	- 0,6	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 2) Beschäftigungsverhältnisse. – 3) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener. – 4) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 5) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen									
	Ø 2004/2008	Ø 2009/2013 lährliche Veränderung ir	Ø 2014/2018 1%						
Bruttoinlandsprodukt, real									
Euro-Raum	+ 2,1	- 0,4	+ 1,5						
23 OECD-Länder ¹)	+ 2,1	+ 0,6	+ 2,3						
Wechselkurs	1,32	\$ je € 1,35	1,25						
		\$ je Barrel							
Erdölpreis, Brent	65,5	94,5	108,6						
Q: EU, OECD, WIFO-Berechnungen. – ¹) EU 15 (ohne Österreich), Island, Norwegen, Schweiz, Türkei, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, USA.									

- Während im Euro-Raum (–0,3% p. a.) die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bereits schrumpft, wird sie in Österreich im Prognosezeitraum gemäß der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria noch weiter (leicht) zunehmen (+0,1% p. a.)¹).
- In Österreich wurden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung seit 1995 um 1,3 Prozentpunkte auf 2,8% des BIP im Jahr 2012 ausgeweitet; es gehört innerhalb des Euro-Raumes (2,1% des BIP, +0,4 Prozentpunkte) mittlerweile zu den forschungsstärksten Ländern. Diese Entwicklung sollte die Innovationskraft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit mittelfristig weiter stützen.



2. Konsum weiter verhalten

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft baut bis zum Jahr 2015 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom Dezember 2013 auf (Schiman, 2014). Die mittelfristigen Berechnungen wurden mit dem WIFO-Makromodell erstellt (Baumgartner – Breuss – Kaniovski, 2005) und basieren auf den Annahmen zur internationalen Konjunktur von Schiman (2013, 2014). An dieser Stelle sollen die für die Österreich-Prognose wichtigsten internationalen Entwicklungen kurz umrissen werden:

In den Jahren 2014 und 2015 gewinnt die internationale Konjunktur wieder etwas an Schwung. Über den gesamten Prognosehorizont von 2014 bis 2018 wird das Wachstum in den USA 2,9% und im Euro-Raum 1,5% p. a. erreichen.

Die deutsche Exportindustrie erzielte in den letzen zehn Jahren dank Marktanteilsgewinnen einen deutlichen Leistungsbilanzüberschuss von durchschnittlich 5,8% pro Jahr, von dem indirekt auch die österreichische Zulieferindustrie profitierte. Die Wachstumsbeschleunigung in Deutschland (2014/2018 +½ Prozentpunkt gegenüber 2004/2013) als Österreichs wichtigstem Handelspartner und die weitere Steigerung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses um ¾ Prozentpunkte sollten auch den österreichischen Export beflügeln.

¹⁾ Laut der Bevölkerungsprognose von Eurostat wird die erwerbsfähige Bevölkerung in Österreich ab 2017 ebenfalls abnehmen (–0,1% p. a.), jedoch schwächer als im Durchschnitt des Euro-Raumes.



Italien befindet sich seit Ende 2011 in der zweiten Rezession innerhalb weniger Jahre. Aber auch im Zeitraum 2001/2007 wuchs die Wirtschaft um nur 1,2% pro Jahr. Insgesamt schrumpfte das BIP in den letzten zehn Jahren kumuliert um 2½%. Italien ist jedoch nach wie vor Österreichs zweitwichtigster Exportmarkt, und die Erholung auf ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 1,1% sollte es erleichtern, die zuletzt rückläufigen Exporte wieder zu steigern.

In den neuen EU-Ländern Ostmitteleuropas bremsten die Wirtschaftskrise 2009 und der Abschwung 2012/13 den Aufholprozess (2009/2013 +0,8% p. a.). In den kommenden fünf Jahren wird das Wirtschaftswachstum durchschnittlich 3,1% p. a. betragen und damit die Exportchancen österreichischer Unternehmen wieder verbessern.

Erst gegen Ende des Prognosehorizonts dürften die kurzfristigen Zinssätze im Euro-Raum etwas anziehen.

Die Rohölpreise werden von knapp 109 \$ je Barrel im Jahr 2013 auf 116 \$ im Jahr 2018 steigen. Zudem wird unterstellt, dass der Euro gegenüber dem Dollar von 1,33 \$ im Jahr 2013 bis 2018 auf 1,24 \$ abwertet.

Wegen der engen internationalen Verflechtung wird die Erholung der Konjunktur in Österreich maßgeblich von der internationalen Entwicklung bestimmt. Die realen Exporte werden in den Jahren 2014 bis 2018 voraussichtlich um 5,7% pro Jahr ausgeweitet, und die österreichische Exportwirtschaft kann ihre internationale Marktposition halten. Da sich die realen Importe mit +5,5% etwas weniger dynamisch entwickeln, wird die österreichische Wirtschaft weiter von einem positiven Außenbeitrag profitieren, der bis zum Ende des Prognosehorizonts auf etwa 5,8% des BIP zunehmen wird.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden sich dank günstiger Finanzierungsbedingungen und steigender Absatzerwartungen im Außenhandel erholen (+3,7% p. a.). Das Bevölkerungswachstum (2014/2018 kumuliert +2,0%), der Anstieg der Zahl der privaten Haushalte (kumuliert +3,1%) sowie die Konjunkturerholung sollten die Wohnbauinvestitionen stützen. Dem steht ein durch den Konsolidierungsdruck der öffentlichen Haushalte getrübter mittelfristiger Ausblick für den Tiefbau gegenüber. Die gesamte Bautätigkeit entwickelt sich daher nur sehr mäßig (2014/2018 +1,0% p. a.).

Dank der Belebung des Welthandels nehmen die österreichischen Exporte um durchschnittlich 5,7% pro Jahr zu. In der Folge expandiert die heimische Wirtschaft um 1,8% p. a. Die Wachstumsrate des realen Trend-Outputs wird in der Prognoseperiode 1,7% nicht überschreiten. Die Outputlücke wird sich von -0,8% im Jahr 2013 bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf -0,2% verringern.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage										
	Ø 2004/ 2008	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
				Jährlicl	he Veränder	Jng in %				
Konsumausgaben										
Private Haushalte ¹)	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,1	- 0,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	
Staat	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,2	- 0,2	+ 2,3	- 1,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,9	
Ausrüstungen	+ 1,9	+ 0,5	+ 3,7	- 3,5	+ 5,0	+ 3,0	+ 3,8	+ 4,1	+ 2,8	
Bauten	+ 0,4	- 1,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	
Inländische Verwendung	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,5	- 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	
Exporte	+ 7,1	+ 0,4	+ 5,7	+ 2,6	+ 5,3	+ 5,8	+ 5,9	+ 5,7	+ 5,6	
Importe	+ 5,7	+ 0,3	+ 5,5	+ 0,3	+ 5,0	+ 5,7	+ 5,6	+ 5,5	+ 5,5	
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	
Q: Statistik Austria, WIFO-Berec	Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.									

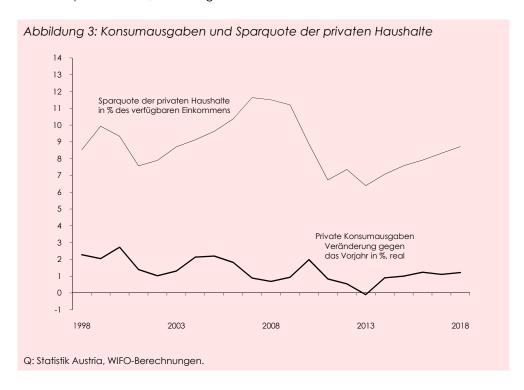
Das reale verfügbare Einkommen wächst über den Prognosezeitraum mit +1,6% p. a. um 2 Prozentpunkte stärker als im Durchschnitt 2009/2013. Getragen wird diese Entwicklung zum einen vom mittelfristig wieder etwas kräftigeren Anstieg der Gewinneinkommen, die tendenziell stärker auf den Konjunkturverlauf reagieren und in den Krisenjahren deutlich zurückgegangen sind. Daneben entwickeln sich die Lohneinkommen (pro Kopf brutto real 2014/2018 +0,5%, nach –0,3% 2009/2013) und die Selbständigeneinkommen günstiger als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre und wirken somit positiv auf die verfügbaren Haushaltseinkommen.

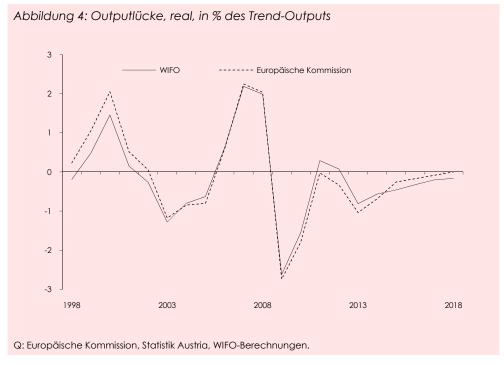
Die seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beobachtete Konsumzurückhaltung der Haushalte hält an, der private Konsum wird 2014/2018 real um 1,1% pro Jahr ausgeweitet werden. Die geplante Anhebung der Familienbeihilfe in den Jahren 2016 und 2018 sollte den privaten Konsum etwas stärken. Dennoch fließt der Anstieg der verfügbaren Einkommen nur unterdurchschnittlich in den Konsum und wird auch zu vermehrter Ersparnisbildung genutzt. Im Zeitraum 2009/2011 reagierten die privaten Haushalte mit Entsparen auf die realen Einkommensverluste und stabilisierten damit ihre Konsumnachfrage. Die Sparquote sank in diesen Jahren um

4,5 Prozentpunkte von 11,2% auf 6,7%. Im Prognosezeitraum wird sie deutlich angehoben und nähert sich 2018 mit 8,7% dem langjährigen Durchschnitt.

Nach der Schwächephase 2012/13 (2013 +0,3%) wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre um 1,8% pro Jahr wachsen (2009/2013 +0,4% p. a.); nominell wird die Wirtschaftsleistung um jährlich 3,5% zunehmen (2009/2013 +2,1% p. a.).

Getragen wird diese Entwicklung zu je etwa einem Drittel von den Wachstumsbeiträgen des privaten Konsums, der privaten Investitionen und der Außenwirtschaft. Damit erholt sich die Konjunktur zwar nur mäßig, aber auf breiter Basis, nachdem in der Krisenperiode 2009/2013 lediglich der Konsum stabilisierend wirkte.





Das Trendwachstum (zur Schätzmethode mit einem Produktionsfunktionsansatz siehe Kasten "Der Trend-Output") wird sich ähnlich träge beleben wie das BIP. In der Perio-

de 2014 bis 2018 wird der Trend-Output laut WIFO mit +1,6% um 0,7 Prozentpunkte stärker wachsen als in den fünf Jahren nach der Finanzmarktkrise, jedoch weiterhin schwächer als in den Jahren vor Ausbruch der Krise 2008. Die Europäische Kommission geht in ihrer aktuellen Schätzung²) von einer Zunahme des Trend-Outputs um 1,4% p. a. aus.

Der Trend-Output

Der Trend-Output ("natural output level") wird als jenes Produktionsniveau definiert, das bei durchschnittlicher Auslastung der Inputfaktoren erzielt wird. Keynesianische Theorien bezeichnen als normale Auslastung jene, die ohne Inflationsdruck besteht. Eine zyklische Überauslastung zeigt sich in einem Anstieg der Preise bzw. der Löhne. In Neukeynesianischen Modellen gilt der Trend-Output als jenes Produktionsniveau, welches ohne nominelle Rigiditäten und bei vollständiger Information erreicht wird. Eine Abweichung vom Trend-Output wird hier durch Marktunvollkommenheiten begründet. Die normale Auslastung der Angebotsseite wird als eine über den Konjunkturzyklus durchschnittliche Auslastung gesehen. Ebenso kann man die normale Auslastung der Wirtschaft mit dem Vorherrschen eines Gleichgewichtes auf den Finanzmärkten definieren (Borio, 2012, Borio - Disyatat -Juselius, 2013). So können Ungleichgewichte in Form einer nicht nachhaltigen Preisentwicklung auf den Finanzmärkten Fehlallokationen in Konsum und Investitionen verursachen, welche in weiterer Folge das Wirtschaftswachstum über seinen nachhaltigen Pfad treiben (das Konzept des Trend-Outputs diskutieren etwa Horn -Logeay -Tober, 2007, und Bilek-Steindl et al., 2013).

Die Methode der Europäischen Kommission zur Berechnung des Trend-Outputs

Die Europäische Kommission berechnet die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung zu konstanten Preisen mit einer aggregierten Cobb-Douglas-Produktionsfunktion und den Inputfaktoren Sachkapital und Arbeitsstunden. Die gesamte Faktorproduktivität (TFP) misst jenen Teil des Outputs, der durch den Kapital- und Arbeitskräfteeinsatz nicht erklärbar ist (Solow-Residuum). Der Trend der Inputfaktoren ist ebenso wie der Trend-Output nicht beobachtbar und muss geschätzt werden. Dazu verwendet die Europäische Kommission sowohl rein statistische Verfahren wie den Hodrick-Prescott-Filter als auch strukturelle Modelle. Letztere werden für die Konjunkturbereinigung der gesamten Faktorproduktivität und die Bestimmung der strukturellen Arbeitslosenquote (NAWRU) eingesetzt. Die strukturellen Modelle werden als Zustandsraummodelle mit einem rekursiven Schätzverfahren (Kalman-Filter) berechnet (vgl. D'Auria et al., 2010, Planas – Rossi, 2009, Bilek-Steindl et al., 2013; eine Kritik des Ansatzes der Europäischen Kommission findet sich in Schulmeister, 2012, und Klär, 2013).

Infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 verflachte das Trendwachstum, vor allem weil die gesamte Faktorproduktivität (TFP) langsamer stieg (drei Viertel der gesamten Wachstumseinbußen gegenüber 2004/2008) und weil die Investitionen eingeschränkt wurden. Zwischen 2014 und 2018 wird sich die gesamte Faktorproduktivität zwar allmählich erholen, aber hinter der Rate der Vorkrisenperiode 2004/2008 zurückbleiben. Der Beitrag von Kapitalakkumulation und Arbeit zum Trendwachstum stabilisierte sich wieder und entspricht dem Vorkrisenniveau (Übersicht 4).

Dennoch dürfte sich die österreichische Wirtschaft im Prognosezeitraum noch in einer Periode der konjunkturbedingten Unterauslastung befinden. Die Outputlücke (relative Abweichung des tatsächlichen Outputs vom Trend-Output) bleibt gemäß der WIFO-Schätzung im gesamten Prognosezeitraum negativ, sie verringert sich aber von –0,8% im Jahr 2013 auf –0,2% 2018. Der Vergleich der Outputlücke in der vorliegenden WIFO-Prognose mit den Berechnungen der Europäischen Kommission vom Herbst 2013 zeigt im Allgemeinen eine gute Übereinstimmung (Abbildung 4). Die Abweichungen ab 2013 ergeben sich aus der unterschiedlichen Einschätzung des

²) https://circabc.europa.eu (Menüpunkte "Kategorien durchsuchen", "Economic and Financial Affairs", "Output gaps", "Bibliothek", "1. Autumn 2013 Forecast Exercise", "Results").



Wirtschaftswachstums und des Trend-Outputs bis 2018. Die Abweichungen des Trend-Outputs sind zum einen auf unterschiedliche Annahmen im Schätzverfahren (A-priori-Dichte in bayesianischen bivariaten Zustandsraummodellen) und zum anderen auf die unterschiedliche Definition der Arbeitslosigkeit zurückzuführen (Bilek-Steindl et al., 2013). Für das Wirtschaftswachstum 2016/2018 unterstellt die Europäische Kommission eine Rate von jeweils +1,5% pro Jahr.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trend-Outputs										
	Ø 2004/ 2008	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
	Prozentpunkte									
Trendwachstum	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	
Arbeit	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	
Kapital	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	
Gesamte Faktorproduktivität	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	
Q: WIFO-Berechnungen.										

3. Kaum Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Das erwartete reale BIP-Wachstum von durchschnittlich 1,8% p. a. wird in der Periode 2014/2018 eine Ausweitung der Beschäftigung um durchschnittlich 0,8% pro Jahr ermöglichen. Es wird aber nicht ausreichen, um die Arbeitslosenquote weiter zu verringern, zumal das Angebot an in- und ausländischen Arbeitskräften ebenfalls deutlich wächst.

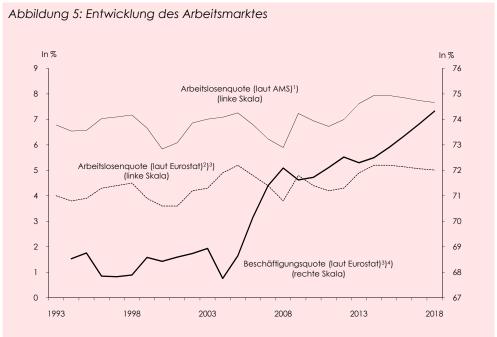
Der Beschäftigungszuwachs beschränkt sich auf den privaten Sektor, während aufgrund der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen mit einem leichten Rückgang der Zahl der öffentlich Bediensteten gerechnet wird (–0,1% p. a., kumuliert 2014/2018 –1.800 Personen).

Der Anstieg des Arbeitskräfteangebotes (+0,8% p. a. bzw. +30.500 pro Jahr) resultiert in den kommenden Jahren vor allem aus einem Anstieg der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte (2014/2018 durchschnittlich +23.700 Personen pro Jahr), der anhaltenden Ausweitung der Frauenerwerbsbeteiligung und der Verschärfung der Eintrittsbedingungen für die Früh- bzw. Invaliditätspension (Neuzugang zur vorzeitigen Alterspension 2014/2018 kumuliert –8.500 Personen).

Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) wird bis 2015 auf 7,9% steigen und danach nur langsam auf 7,7% zurückgehen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte auch zum Ende der Prognoseperiode noch knapp über 300.000 liegen.

Mit 1. Jänner 2014 haben rumänische und bulgarische Arbeitskräfte, nach dem Ablauf einer siebenjährigen Übergangsfrist, uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Landesmann et al. (2013) rechnen mit einem Zustrom von zusätzlich jeweils rund 5.500 Arbeitskräften in den ersten zwei Jahren nach der Liberalisierung. Für Kroatien (EU-Beitritt am 1. Juli 2013) gelten ähnliche Übergangsregelungen wie für die 2004 bzw. 2007 der EU beigetretenen Länder. Im Prognosezeitraum haben kroatische Arbeitskräfte somit nur eingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Mittelfristig dürfte der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte etwas abflauen (2014: 26.300 Personen, 2018: 22.000 Personen). Bereits im Jahr 2013 kamen deutlich weniger zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Österreich; insbesondere ließ der Zustrom aus den Beitrittsländern des Jahres 2004, die seit Mai 2011 Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben, nach. Die Konjunkturbelebung in den ostmitteleuropäischen Nachbarländern dürfte ebenfalls dämpfend auf die Arbeitsmigration wirken.

Das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verläuft aus demographischen Gründen mittelfristig sehr flach (+0,1% p. a.); die demographische Schere zwischen Aktiven und Personen im Ruhestand wird sich mit dem beginnenden Ausscheiden der ersten geburtenstärkeren Jahrgänge der Nachkriegsgeneration weiter öffnen.



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – 2) In % der Erwerbspersonen. – 3) Laut Labour Force Survey. – 4) Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen											
	Ø 2004/ 2008	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	2013	2014 In %	2015	2016	2017	2018		
Arbeitslosenquote In % der Erwerbspersonen¹) In % der unselbständigen	4,6	4,5	5,1	4,9	5,2	5,2	5,1	5,1	5,0		
Erwerbspersonen ²)	6,7	7,1	7,8	7,6	7,9	7,9	7,8	7,7	7,7		
				Jährlich	ne Veränder	ung in %					
Unselbständig Beschäftigte laut VGR³)	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0		
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴) Selbständige ⁵)	+ 1,4 + 1,3	+ 0,7 + 1,6	+ 0,8 + 1,1	+ 0,6 + 2,0	+ 0,8 + 1,0	+ 0,8 + 1,1	+ 0,9 + 1,1	+ 0,8 + 1,1	+ 0,8 + 1,1		
Arbeitslose	- 2,4	+ 6,2	+ 0,9	+ 10,2	+ 5,4	+ 0,7	- 0,4	- 0,7	- 0,2		
Produktivität ⁶)	+ 1,3	- 0,4	+ 0,8	- 0,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7		
Lohn- und Gehaltssumme ⁷) Pro Kopf, real ⁸)	+ 4,3 + 0,4	+ 2,7 - 0,3	+ 3,4 + 0,5	+ 2,7 - 0,1	+ 3,1 + 0,3	+ 3,4 + 0,5	+ 3,4 + 0,5	+ 3,4 + 0,5	+ 3,4 + 0,5		
,											
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6		

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³) Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener. – ⁵) Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁶) BIP real je Erwerbstätigen (unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁷) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁶) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

Die Zahl der Arbeitslosen wird bis zum Jahr 2015 auf knapp 305.000 steigen (+17.400 gegenüber 2013), sodass sich eine Arbeitslosenquote von 7,9% der unselbständigen Erwerbspersonen (AMS-Definition) bzw. 5,2% der Erwerbspersonen (Eurostat-Definition) ergibt. Bis 2018 sollte die Arbeitslosenquote auf 7,7% zurückgehen, die Zahl der Arbeitslosen bleibt mit gut 300.000 aber weiterhin sehr hoch.

4. Mäßiger Preisauftrieb

Die Preisentwicklung war in den letzten Jahren stark durch Schwankungen der internationalen Notierungen für Rohöl, Nahrungsmittel und agrarische Rohstoffe geprägt. Die Prognose unterstellt, dass der Rohölpreis von 108,7 \$ je Barrel im Jahr 2013 nur mäßig auf 116 \$ im Jahr 2018 anzieht und der Euro gegenüber dem Dollar leicht

abwertet (von 1,33 \$ im Jahr 2013 auf 1,24 \$ im Jahr 2018, –1,4% p. a.). Für die Weltmarktpreise von Industriewaren (auf Dollarbasis) wird eine Erhöhung um lediglich 1,2% p. a. angenommen.

Übersicht 6: Preise									
	Ø 2004/2008	Ø 2009/2013	Ø 2014/2018	2013 Jährlic	2014 che Veränderu	2015 ung in %	2016	2017	2018
Verbraucherpreise Implizite Preisindizes	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
Privater Konsum	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
Exporte	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,7
Importe	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,6	- 0,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Q: Statistik Austria, WIFC)_Rerechnunge	an .							

Budgetsalden – Eine Erläuterung

Im reformierten Regelwerk zur fiskalpolitischen Koordination in der EU tritt der strukturelle Haushaltssaldo zum Budgetsaldo nach Maastricht-Definition als weitere zentrale Zielgröße der gesamtstaatlichen Budgetpolitik hinzu. Ein strukturelles Budgetdefizit spiegelt ein dauerhaftes Missverhältnis zwischen der Höhe der Staatseinnahmen und der Staatsausgaben wider. Es zeigt daher einen strukturellen Konsolidierungsbedarf deutlicher an als der Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition. Letzterer umfasst neben Konjunktureinflüssen auch Einmaleffekte, die keine strukturellnachhaltige Wirkung zeigen.

Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition

Der Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition errechnet sich aus dem Finanzierungssaldo des Staates gemäß Europäischem System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1995 (ESVG 95). Der Finanzierungssaldo nach ESVG 95 entspricht den Einnahmen abzüglich der Ausgaben des Staates, jeweils ohne die besonderen Finanzierungsvorgänge wie z. B. die Aufnahme von Schulden auf dem Kapitalmarkt oder den Kauf von Wertpapieren. Sind die Einnahmen größer als die Ausgaben, dann resultiert ein Finanzierungsüberschuss (Budgetüberschuss, positiver Haushaltssaldo). Im umgekehrten Fall ergibt sich ein Finanzierungsdefizit (Budgetdefizit, negativer Haushaltssaldo). Die Maastricht-Definition des Haushaltssaldos weicht jedoch von der Definition nach ESVG 95 in der Berechnung des Zinsaufwandes des Staates geringfügig ab. Derivative Finanztransaktionen (Zinsströme aufgrund von Forward Rate Agreements und Swaps) werden in der Maastricht-Definition als Vermögenseinkommen definiert und in der Ermittlung des Zinsaufwandes des Staates berücksichtigt.

Zyklisch bereinigter Haushaltssaldo

Der zyklisch bereinigte Haushaltssaldo entspricht dem um konjunkturbedingte Einnahmen- und Ausgabenänderungen bereinigten Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition. Rein konjunkturbedingte Einflüsse werden dabei mittels Schätzung der Outputlücke (relative Abweichung des tatsächlichen Outputs vom Trend-Output; siehe Kasten "Der Trend-Output") sowie unter Ableitung der Konjunkturreagibilität des Haushaltssaldos bestimmt. Der zyklisch bereinigte Haushaltssaldo ist daher – ebenso wie der strukturelle Haushaltssaldo – nicht direkt aus den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ableitbar, sondern eine geschätzte Größe.

Struktureller Haushaltssaldo

Vom Konzept her beeinflussen nur dauerhafte Maßnahmen und nicht Einmaleffekte die Höhe des strukturellen Haushaltssaldos. Der strukturelle Haushaltssaldo entspricht daher dem um Einmaleffekte bereinigten zyklisch bereinigten Haushaltssaldo. Einmaleffekte sind Ausgaben- bzw. Einnahmenveränderungen, die lediglich eine vorübergehende Wirkung auf den Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition haben, die Budgetsituation also nicht dauerhaft ändern. Beispiele sind Kapitaltransfers an notverstaatlichte Banken und einmalige Steuereinnahmen aus bilateralen Steuerabkommen. Als zentrale Steuerungsgröße der Budgetpolitik entspricht der strukturelle Haushaltssaldo damit dem um Konjunktureinflüsse und Einmaleffekte bereinigten Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition.

Der in Abbildung 7 erkennbare Anstieg des zyklisch bereinigten Budgetdefizits auf rund 4% des BIP 2004 ist auf den Schuldennachlass und die Kapitalaufstockung durch den Bund im Zuge der Reorganisation der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) zurückzuführen. Sowohl der Schuldennachlass (rund 6,1 Mrd. €) als auch die Kapitalaufstockung (1,4 Mrd. €) wurden von Eurostat nachträglich als (einmalige) Kapitaltransfers an die ÖBB klassifiziert. Als Einmaleffekt erhöhten diese Zahlungen daher zwar den Saldo nach Maastricht-Definition und den zyklisch bereinigten Haushaltssaldo, nicht aber den strukturellen Budgetsaldo. Die in den letzten Jahren zu beobachtende Differenz zwischen strukturellem und zyklisch bereinigtem Defizit ist im Wesentlichen auf Kapitaltransfers an notverstaatlichte Banken zurückzuführen. Im Jahr 2013 werden diese Einmalausgaben jedoch durch Einmaleinnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunk-Frequenzen und aus dem bilateralen Steuerabkommen mit der Schweiz überkompensiert.

Neben den Energie- und Rohstoffnotierungen beeinflussen die Entwicklung der Lohnkosten und die Änderung von indirekten Steuern und Gebühren die Preisentwicklung. Für 2014 wird der Vorlage zum Abgabenänderungsgesetz 2014 vom 9. Jänner 2014 folgend eine Erhöhung der Tabak-, der Schaumwein- und der Alkoholsteuer sowie der Normverbrauchsabgabe und der motorbezogenen Versicherungssteuer angenommen. In den Jahren 2015 bis 2017 wird die Tabaksteuer voraussichtlich neuerlich angehoben. Zusammengenommen dürften diese Steuererhöhungen von 2014 bis 2017 die Inflationsrate jährlich um rund 0,1 Prozentpunkt erhöhen.

Die Pro-Kopf-Nominallöhne werden um 2,3% steigen. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die wichtigste Determinante des inländischen Kostendruckes, wachsen 2014/2018 um 1,5% p. a., die Bruttoreallöhne pro Kopf um 0,5%. Damit nimmt die Differenz zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität von 0,4 Prozentpunkten im Jahr 2014 auf 0,2 Prozentpunkte im Jahr 2018 ab. In diesem Umfeld sollte der Preisauftrieb verhalten bleiben. Für die Periode 2014/2018 wird mit einem Preisanstieg von durchschnittlich 1,7% laut BIP-Deflator und 1,9% laut Verbraucherpreisindex gerechnet.

5. Ziel eines strukturellen Haushaltsausgleiches ab 2016 prägt Budgetpolitik

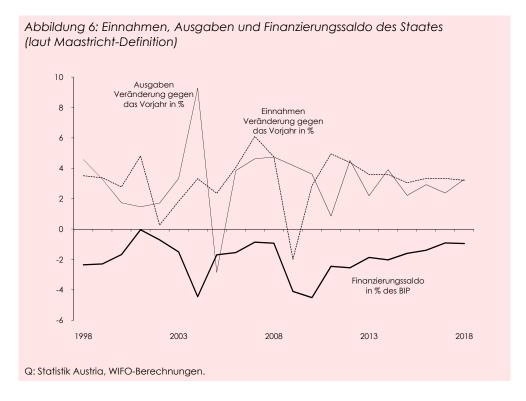
Im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verschlechterte sich die Situation der öffentlichen Haushalte beträchtlich. Umfassende Konsolidierungsmaßnahmen (Schratzenstaller, 2013) und Änderungen von institutionellen Rahmenbedingungen – insbesondere die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie die Einführung des Fiskalpaktes und der nationalen Schuldenbremse, die einen strukturellen Haushaltssaldo von höchstens –0,45% des BIP ab 2017 vorsieht – bestimmten die Ausrichtung der österreichischen Budgetpolitik schon in den letzten Jahren. Das österreichische Stabilitätsprogramm vom April 2013 sah einen Ausgleich des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bis 2016 vor. Im Dezember 2013 zeigte eine systematische Evaluierung ("Kassasturz") der Entwicklung des Bundeshaushaltes bis 2018 durch das Bundesministerium für Finanzen, dass der im Stabilitätsprogramm skizzierte Budgetpfad ohne weitere Konsolidierungsmaßnahmen in den Jahren 2014 bis 2018 nicht zu realisieren ist.

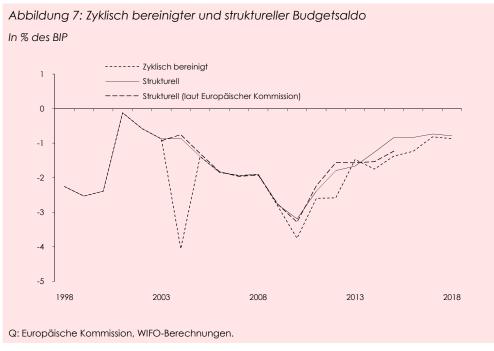
Der Konjunkturprognose des WIFO vom Dezember 2013 (Schiman, 2014) folgend wird im Jahr 2014 ein strukturell wirkendes gesamtstaatliches Konsolidierungsvolumen von 2 Mrd. € angenommen. Für 2015 werden zusätzliche strukturelle Maßnahmen im Ausmaß von rund 1 Mrd. € unterstellt. 2014 setzen sich die Konsolidierungsmaßnahmen je zur Hälfte aus Abgabenerhöhungen (Erhöhung von Tabaksteuer, Normverbrauchsabgabe, Schaumweinsteuer usw.) und Ausgabensenkungen zusammen (mäßige Lohnsteigerung und Verlängerung des Aufnahmestopps im öffentlichen Sektor, Kürzung von Ermessensausgaben, Förderreform usw.). 2015 überwiegen annahmegemäß ausgabenseitige Maßnahmen. Für die Jahre 2016 bis 2018 wird unterstellt, dass diese Einnahmenerhöhungen bzw. Ausgabensenkungen beibehalten werden.

Der österreichische Finanzierungssaldo nach Maastricht-Definition wird in den Jahren 2014 bis 2018 neben strukturellen Konsolidierungsanstrengungen auch maßgeblich von Kapitaltransfers an notverstaatlichte Banken (Annahme: bis 2018 insgesamt 5,8 Mrd. €) und von einmaligen Steuermehreinnahmen aus dem bilateralen Steuerabkommen mit Liechtenstein bestimmt (2014 rund 0,5 Mrd. €). In der Prognose berücksichtigt sind auch die Wirkungen einer Erhöhung der Familienbeihilfe in den Jahren 2014, 2016 und 2018 (insgesamt 0,83 Mrd. €)³). Es wird unterstellt, dass Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer, im Stabilitätsprogramm vom April 2013 noch mit 0,5 Mrd. € pro Jahr ab 2014 beziffert, im gesamten Prognosezeitraum nicht realisiert werden können.

Das Ziel eines strukturell nahezu ausgeglichenen Haushaltes im Jahr 2016 (definiert als strukturelles Defizit von höchstens 0,45% des BIP) bestimmt die Budgetpolitik in den Jahren 2014 bis 2018. Wie eine systematische Evaluierung der Entwicklung des Bundeshaushaltes bis 2018 zeigt, ist dieser strukturelle Haushaltsausgleich bis 2016 nicht ohne weitere Konsolidierungsschritte zu realisieren. Das WIFO unterstellt in seiner Prognose ein strukturelles Konsolidierungsszenario von 2 Mrd. € im Jahr 2014 und zusätzlich 1 Mrd. € ab 2015. Ein Ausgleich des Staatshaushaltes (sowohl strukturell als auch nach der Definition laut Maastricht-Vertrag) wird durch dieses Konsolidierungsvolumen aber noch nicht erreicht. Für 2016 wird ein strukturelles Haushaltsdefizit von 0,8% des BIP prognostiziert.

³) 2014 und 2015 werden, so nimmt die Prognose an, die Mehrausgaben aus der Anhebung der Familienbeihilfe ab Juli 2014 durch zusätzliche ausgabenseitige Einsparungen kompensiert.





Vor dem Hintergrund der skizzierten budgetpolitischen Rahmenbedingungen (strukturelle Budgetkonsolidierung sowie Einmaleinnahmen und -ausgaben und Erhöhung der Familienbeihilfe) sowie der mittelfristig erwarteten Wirtschaftsentwicklung werden sowohl das Defizit nach Maastricht-Definition als auch das gesamtstaatliche strukturelle Budgetdefizit bis 2017 sinken (2017: Maastricht-Defizit 0,9% des BIP, strukturelles Defizit 0,7% des BIP), 2018 aber aufgrund der neuerlichen Anhebung der Familienbeihilfe wieder leicht steigen. Der von der Bundesregierung angestrebte strukturelle Haushaltsausgleich im Jahr 2016 kann daher unter den gegebenen Wachstumsaussichten und den Annahmen zur Budgetpolitik nicht erreicht werden.

Sowohl die Staatseinnahmen als auch die Staatsausgaben wachsen schwächer als das nominelle Bruttoinlandsprodukt. Daher sinken die Staatseinnahmen- und die Staatsausgabenquote in Prozent des BIP über den Prognosezeitraum. Die relativ schwache Steigerung der Staatsausgaben entspricht dem in der Prognose unterstell-

ten Fokus auf ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen. Die niedrige Wachstumsrate 2013 bzw. der hohe Zuwachs 2014 sind auf Einmaleffekte zurückzuführen: 2013 ergaben sich hohe Einnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunk-Frequenzen, welche in der VGR als Minderausgaben verbucht werden; 2014 waren hohe Kapitaltransfers an notverstaatlichte Banken erforderlich. Die relativ kräftige Ausweitung der Staatseinnahmen 2013 und 2014 basiert u. a. auf den hohen einmaligen Einnahmen aus den Steuerabkommen mit der Schweiz und Liechtenstein (2013: 0,7 Mrd. €, 2014: 0,5 Mrd. €) und den unterstellten einnahmenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen 2014.

Übersicht 7: Staat									
	Ø 2004/ 2008	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
				Jährlic	he Veränder	ung in %			
Laufende Einnahmen	+ 4,1	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2
Laufende Ausgaben	+ 3,9	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,2	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,3
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 4,7	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5
					In % des BIP				
Finanzierungssaldo des Staates									
laut Maastricht-Definition	- 1,9	- 3,1	- 1,4	- 1,9	- 2,0	- 1,6	- 1,4	- 0,9	- 1,0
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 2,2	- 2,6	- 1,2	- 1,5	- 1,8	- 1,4	- 1,2	- 0,8	- 0,9
Struktureller Budgetsaldo	-	- 2,4	- 0,9	- 1,7	- 1,3	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Staatsschuld	63,1	72,5	73,6	74,1	74,2	74,2	74,0	73,2	72,6
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnur	ngen.								

Die Staatsverschuldung wird im Prognosezeitraum gemessen am Niveau zwar weiter steigen, in Relation zur Wirtschaftsleistung ab 2015 jedoch wieder sinken und 2018 bei etwa 73% des BIP liegen (berechnet nach den bis 2014 geltenden Vorschriften des ESVG 95).

5.1 Unwägbarkeiten der Budgetprognose

Die vorliegende Budgetprognose ist – wie auch die Prognosen der vergangenen Jahre – mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Zunächst ist offen, ob die unterstellten Konsolidierungsmaßnahmen im erwarteten Umfang umgesetzt werden. Ebenso sind die Struktur der ausgabenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen sowie die zeitliche Verteilung der Konsolidierungsanstrengungen noch nicht im Detail absehbar. So lässt sich aus der Vorlage zum Abgabenänderungsgesetz 2014 vom 9. Jänner 2014 ableiten, dass 2014 auf der Einnahmenseite weniger als der in der Prognose unterstellte Effekt von 1 Mrd. € wirksam wird. Für die Jahre ab 2015 hingegen sind Mehreinnahmen von über 1 Mrd. € vorgesehen. Eine Veränderung der Defizitquote (höheres Defizit 2014 und niedrigeres Defizit ab 2015) ist daher nicht auszuschließen.

Annahmegemäß werden bis 2018 keine Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer realisiert. Sollte doch auf EU-Ebene eine Einigung zustande kommen, dann könnte sich daraus eine Verringerung des Defizits um knapp 0,2 Prozentpunkte ab 2016 ergeben.

Der in der Prognose unterstellte Finanzbedarf der notverstaatlichten Banken ist mit sehr hohen Unsicherheiten verbunden. Wenn eine Einigung auf eine Abwicklung der Hypo Alpe-Adria-Group in Form eines Beteiligungsmodells (Bad Bank mit Beteiligung von Banken) erzielt wird, könnten die Kapitaltransfers erheblich geringer und das Maastricht-Defizit niedriger ausfallen⁴).

Die Ableitung des strukturellen Haushaltssaldos aus dem Budgetsaldo laut Maastricht-Abgrenzung basiert wesentlich auf der Bestimmung des nicht direkt beobachtbaren Produktionspotentials bzw. der daraus abgeleiteten Outputlücke einer Volkswirtschaft. Sollte die Europäische Kommission in ihren Evaluierungen der öster-

 $^{^4}$) Zugleich würden wahrscheinlich Einnahmen aus der Bankenabgabe wegfallen.



reichischen Budgetpolitik eine weniger negative oder eine bereits positive Outputlücke unterstellen, dann dürften die Konsolidierungsanstrengungen, die die EU von Österreich fordert, höher ausfallen als in der Prognose angenommen.

Im Falle der Aufhebung des laufenden Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (VÜD) setzen die Vorgaben des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes für den Abbau der Schuldenquote ein: EU-Länder, deren Schuldenquote mehr als 60% des BIP beträgt, sind dann verpflichtet, die Differenz zum Zielwert von 60% "hinreichend" abzubauen. Ein Abbau gilt als hinreichend, wenn die Differenz zur 60%-Marke in den letzten drei Jahren um durchschnittlich ein Zwanzigstel pro Jahr verringert wurde. Nach Beendigung eines VÜD gilt ein Übergangszeitraum von drei Jahren, sodass die Einhaltung des Abbaupfades – unter Annahme der Aufhebung des VÜD gegen Österreich in der ersten Jahreshälfte 2014 – von der Europäischen Kommission erstmals 2016 geprüft würde⁵). Der Druck, die Schuldenquote rascher zu senken, könnte daher steigen.

Ab Herbst 2014 ist überdies die Revision des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) umzusetzen. Das revidierte ESVG resultiert einerseits in einem höheren Niveau des nominellen Bruttoinlandsproduktes. Andererseits sieht es eine strengere Abgrenzung von Markt- und Nichtmarktproduktion und die Einbeziehung von Teilen der außerbudgetären Schulden in den Staatssektor vor. Aufgrund dieser Systemrevision wird die ausgewiesene Schuldenquote aus heutiger Sicht um 2 bis 3 Prozentpunkte höher ausfallen. Daraus ergeben sich auch Rückwirkungen auf die Höhe eines "hinreichenden" Schuldenabbaus⁶).

Eine grundlegende Voraussetzung für die Einhaltung des prognostizierten Budgetpfades ist auch der Verzicht auf nicht gegenfinanzierte Steuersenkungen oder Ausgabenerhöhungen. Eine Abgabenreform zugunsten weniger wachstums- und beschäftigungsschädlicher Steuern könnte Österreichs Wachstumspotential jedoch stärken und die Erreichung der budgetpolitischen Ziele in den kommenden Jahren zusätzlich unterstützen. Ebenso könnte eine Änderung der Ausgabenstruktur weg von administrativen Ausgaben und in Richtung zukunftsorientierter Ausgabenbereiche positive Wachstumswirkungen induzieren.

6. Risiken der mittelfristigen Konjunkturprognose

Nach wie vor mit großen Unwägbarkeiten behaftet ist die künftige Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum, insbesondere in Südeuropa. Die Wirkung der neuen und teils strengeren Fiskalregeln im Rahmen des Fiskalpaktes zum Schuldenabbau und deren Rezeption durch die Marktteilnehmer sind noch unklar.

Das Problem der wechselseitigen Abhängigkeit von Finanzintermediären und öffentlichen Gebietskörperschaften wurde erst in Angriff genommen. Lösungen, die die Kosten etwaiger Finanzmarktkrisen für die öffentliche Hand verringern, sind im Prognosezeitraum nicht garantiert. Die ordnungspolitische Konstitution des Euro-Raumes bleibt daher auch mittelfristig fragil, die Anfälligkeit für externe Schocks hoch und damit die Unsicherheit des Prognoseumfeldes beträchtlich.

Sollten hingegen veränderte institutionelle Rahmenbedingungen (z. B. Realisierung einer Bankenunion) eine frühere Lösung der Vertrauenskrise herbeiführen, könnte sich die Konjunktur im Euro-Raum auch rascher erholen. Dies würde sich positiv auf die Nachfrage nach österreichischen Exporten und in der Folge auf die Investitionen und das Wirtschaftswachstum auswirken.

Darüber hinaus ergeben sich aus der Verwendung eines ökonometrischen Prognosemodells methodische Einschränkungen. Das WIFO Macromod bildet die empirischen Zusammenhänge ab, wie sie in den letzten drei Jahrzehnten für die Wirt-

⁶⁾ Infolge der Revision des ESVG werden auch die Effekte auf den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in Prozent des nominellen BIP geringer ausfallen.



⁵⁾ Im Übergangszeitraum müssen zudem Fortschritte in der hinreichenden Verringerung der Schuldenquote erkennbar sein: dies wird ebenfalls evaluiert.

schaftsentwicklung in Österreich bestimmend waren (Baumgartner – Breuss – Kaniovski, 2005). Es berücksichtigt daher nicht die Folgen einer etwaigen nachhaltigen Änderung des Verhaltens der Wirtschaftsakteure (die angesichts der Neuartigkeit der Rezession 2008/09 nicht auszuschließen ist) oder der Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln. Solche Anpassungen können dann nur durch "judgement" der Prognostiker einfließen.

7. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Bilek-Steindl, S., Glocker, Ch., Kaniovski, S., Url, Th., "Outputlücke und strukturelles Defizit für Österreich. Kritische Analyse der Methode der Europäischen Kommission", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(9), S. 737-751, http://monatsberichte.wifo.ac.at/46945.
- Borio, C., "The financial cycle and macroeconomics: What have we learnt?", BIS Working Papers, 2012, (395).
- Borio, C., Disyatat, P., Juselius, M., "Rethinking potential output: Embedding information about the financial cycle", BIS Working Papers, 2013, (404).
- Breuss, F., "Effects of Austria's EU Membership", Austrian Economic Quarterly, 2013, 18(2), S. 103-114, http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/46896.
- D'Auria, F., Denis, C., Havik, K., McMorrow, K., Planas, Ch., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., "The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps", European Economy, Economic Papers, 2010, (420).
- Horn, G., Logeay, C., Tober, S., "Estimating Germany's potential output", IMK Working Paper, 2007.
- Klär, E., "Potential Economic Variables and Actual Economic Policies in Europe", Intereconomics, 2013 (1), S. 33-40.
- Landesmann, M., Mara, I., Vidovic, H., Hofer, H., Schuster, P., Titelbach, G., Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung am 1. Jänner 2014 auf den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien, 2013, http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/7/9/1/CH2123/CMS1380787177294/auswirkungen der arbeitsmarktoeffnung am 1 1 2014 auf den wirtschaftsund arbeitsstandort oesterreich endbericht.pdf.
- Planas, Ch., Rossi, A., "Program GAP Technical Description and User Manual", JRC Scientific and Technical Reports, 2009, (JRC55179).
- Schiman, St., "Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen nur in den USA h\u00f6her als vor der Krise. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2018", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(10), S. 829-842, http://monatsberichte.wifo.ac.at/46976.
- Schiman, St., "Aufschwung bleibt wegen Konsumschwäche flach. Prognose für 2014 und 2015", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(1), S. 3-15, http://monatsberichte.wifo.ac.at/47105.
- Schratzenstaller, M., "Bundesvoranschlag 2013: Konsolidierungspfad mit Unsicherheiten", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(1), S. 63-79, http://monatsberichte.wifo.ac.at/46143.
- Schulmeister, St., "European Governance Do We Need a New Navigation Map?", Vortrag anlässlich des WWWforEurope-Workshops, Wien, 12.-13. Juli 2012 (mimeo).